



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

Oktober 2006

Über 46 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli +Wyss AG, Bern

Grauer Brief

Zum Hineinleuchten in die Grauzonen schweizerischer Aussenpolitik

Präsident:
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander
Vizepräsidenten:
Jean-Dominique Cipolla, Notar
Nationalrat Luzi Stamm
Rudolf Syz, Unternehmer

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Auf zum AUNS-Jubiläum mit Bundesrat Christoph Blocher

**Bitte rasch anmelden – 30 Franken/Person einzahlen –
Jugendliche bis 16 Jahre gratis.**

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Am **Samstag, 28. Oktober 2006** ist es soweit: Auf dem Areal der Tell-Freilichtspiele in Matten bei Interlaken (überdachte Sitzplätze) feiern wir **«20 Jahre AUNS»** mit Bundesrat Christoph Blocher.

- *Um 11.00 Uhr* beginnt die Jubiläumsfeier mit folgenden Höhepunkten: Jubiläumsansprache «Kampf für die Unabhängigkeit der Schweiz! Wie weiter?» von Bundesrat Blocher; Standortbestimmung von AUNS-Präsident Pirmin Schwander; Rütli-Schwur-Szene, gespielt auf der Freilichtbühne; Proklamation 20 Jahre AUNS; Nationalhymne; musikalische Umrahmung.
- *Ab 13.00 Uhr*: Mittagessen und Unterhaltungsprogramm im Festzelt mit der jungen Schlagersängerin Sarah-Jane, mit Treichlern, Fahnen-schwingern, Alphörnern und Jodlern. Moderation und Einlagen von Nationalrat Oskar Freysinger.

Beachten Sie das beiliegende Programm. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Mit der Überweisung von 30 Franken pro Person (Einzahlungsschein «Jubiläumsfeier» benutzen) sind Sie angemeldet. «S hät Platz so lang 's hät.»

Start der Kampagne «Nein zu EU-Ostmilliarden-Zahlungen!» Nein zu Erpressungsdruck und Souveränitätsverlust.

Die AUNS unterstützt die Kampagne gegen das Osthilfegesetz, über das wir am 26. November abstimmen, aus den folgenden Gründen: Mit dem revidierten Gesetz gerät unser Land zwangsläufig unter Zahlungs- und Erpressungsdruck von Seiten der EU und der Oststaaten. Das Schweizervolk hätte bei künftigen Zahlungen kein Referendumsrecht mehr. Es würde entmachtet und an Souveränität verlieren.

Wir führen den Kampf in erster Linie mit einem Flugblatt (Text auf der Rückseite). Die Frontseite des Flugblattes zeigt das «gerupfte Huhn».

Benützen Sie zur Unterstützung der Kampagne den Einzahlungsschein «Nein zu Ostmilliarden-Zahlungen» und bestellen Sie das Flugblatt in der gewünschten Anzahl (Fax 031 356 27 28, Telefon 031 356 27 27, 079 341 54 57 oder 079 222 79 73). Besten Dank.

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)
Die Geschäftsstelle

Ost-Milliarden zahlen und schweigen?

Worum geht es?

→ «Milliardengeschenk unter Freunden»:

Um den raschen Abschluss der bilateralen Verträge voranzutreiben, haben die Bundesräte Deiss und Calmy-Rey die Ost-Milliarde gegenüber Brüssel im Mai 2004 quasi in letzter Minute zugesagt. Deiss sprach von einem «Geschenk unter Freunden», von einer «Geste», vergleichbar einem «Blumenstrauss».

→ Das Volk wird angeschwindelt:

Beide Bundesräte haben damals erklärt, die Milliardenzahlung habe mit den Bilateralen nichts zu tun. Die Verträge seien «ausgewogen». Heute behauptet der Bundesrat, ohne Ostmilliarde gebe es keine weiteren Bilateralen und malt den Teufel an die Wand. So wird das Volk angeschwindelt.

→ Die Schweiz unter Zahlungs- und Erpressungsdruck:

Das revidierte Osthilfegesetz öffnet die Schleusen für weitere Zahlungen bei künftigen Erweiterungen der EU. Bereits werden zusätzliche 350

Millionen Franken für Rumänien und Bulgarien im Hinblick auf ihren EU-Beitritt im Jahre 2007 gefordert. Und «Bern» wird zahlen. Andere Staaten – Kroatien, weitere Balkanstaaten, die Türkei, die Ukraine usw. – werden folgen. Die Schweiz gerät unter Zahlungs- und Erpressungsdruck. Und «Bern» wird immer wieder zahlen!

«Den Beitrag an den Kohäsionsfonds hat uns die EU sozusagen aufgezwungen.»

(Bundesrat Merz,
Finanz und Wirtschaft,
22.2.2006)

→ Das Volk wird ausgeschaltet und entmachtet:

Gemäss Artikel 1 des revidierten Osthilfegesetzes «trifft (der Bund) Massnahmen, die geeignet sind, die Staaten Osteuropas (...) beim Übergang zur Marktwirtschaft und deren sozialer Ausgestaltung zu unterstützen».

Bei Annahme des Gesetzes wird «Bern» – **unter Ausschaltung des Volkes** – unbegrenzte Zahlungen leisten an die ehemals kommunistischen Länder Osteuropas, an die Staaten der erweiterten EU und an die Gemeinschaft unabhängiger Staa-

ten (GUS). Bei den GUS-Staaten handelt es sich um Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weissrussland.

Ein Referendum ist künftig nicht mehr möglich. Wir werden zum «gerupften Huhn» und zur Milchkuh der EU und der Oststaaten degradiert.



Darum am 26. November 2006:

EU-Ostmilliarden NEIN!

AUNS/ Komitee gegen EU-Erpressung

Das Osthilfegesetz setzt die Schweiz unter Zahlungs- und Erpressungsdruck. Das Volk hat zu künftigen Zahlungen nichts zu sagen. Es wird entmachtet. Es soll zahlen und schweigen.

Entgegen den Behauptungen der Befürworter geht es am 26. November nicht um die Bilateralen und den Marktzutritt im Osten. Ebenso wird die bisherige Osthilfe bei einem Nein nicht angetastet.

Darum am 26. November: NEIN zum Osthilfegesetz!